

**EUROPA**  
**Rummelplatz**

Was sich in den vergangenen zwei Wochen in der EU abgespielt hat, erinnert an den Rummelplatz-Zuruf „Wer will noch mal, wer hat noch nicht?“. Die Zahl der Kandidaten für die neuen Topjobs in Brüssel hat sich inflationär vergrößert. Mancher sieht mit Schrecken, dass sein Name genannt wird, weiß er doch genau, dass die Verkündung das Ende einer ernsthaften Bewerbung bedeuten kann. Das Kandidatenkarussell dreht sich so geschwind, dass mancher Fahrgast schon hinausgeschleudert worden ist.

Heute Nacht, so hoffen die Optimisten, werden die Namen für den neuen EU-Ratspräsidenten und den EU-Außenminister von den Staats- und Regierungschefs beschlossen. Und man kann nur wünschen, dass die 27 Mitglieder dieses informellen Europäischen Rates eine glückliche Hand haben bei der Besetzung der beiden Spitzenposten, den dazugehörigen Generalsekretariaten und – damit verbunden – den Kandidaten für die neue EU-Kommission. Alles ist, wie so oft in Europa, mit allem verknüpft. Nur ein fein austariertes Personalpaket verspricht da Linderung für die nationalen Egoismen.

Die Bundesregierung ist bei der Besetzung wichtiger Posten offenkundig an der zweiten Reihe hinter den Topjobs interessiert – und hat sich an den Spekulationen kaum beteiligt. Kanzlerin Angela Merkel legt erst heute Abend ihre Karten auf den Tisch. **CHRISTIAN HOLZGREVE**

**ZUR PERSON**



Barack Obama sieht sich nach einer tiefen Verbeugung vor Japans Kaiser Akihito innenpolitischen Angriffen ausgesetzt. „Ein US-Präsident muss sich vor niemandem verbeugen“, sagte Dick Cheney, Ex-vice von George W. Bush. Bill Bennett, früherer Erziehungsminister, nannte die Geste „grässlich.“ William Kristol, ein neokonservativer Kommentator, warnte vor „Gesten der Unterwürfigkeit“. Aktivisten der US-Republikaner stellten Bilder der deutschen Kanzlerin und der philippinischen Präsidentin ins Internet, die nicht vor Akihito eingeknickt seien. die

**Postenpoker bis zum Schluss**

EU-Sondergipfel soll heute über die Topjobs in Europa entscheiden – doch das Gerangel ist groß

VON HANNA ROTH  
UND ILONA WISSENBACH

Brüssel. Ein erbitterter Streit um zwei Spitzenpositionen in der Europäischen Union droht heute in Brüssel bei einem EU-Sondergipfel. Die Staats- und Regierungschefs der 27 Staaten müssen entscheiden, wer vom 1. Dezember an EU-Ratspräsident und wer „Außenminister“ werden soll. Der schwedische Ministerpräsident und derzeitige Ratsvorsitzende Fredrik Reinfeldt will zu Beginn des „informellen Arbeitssessens“ ein für alle Seiten akzeptables Personalpaket präsentieren. Falls dies nicht auf Zustimmung stößt, erwarten Diplomaten eine Nachsitzung, möglicherweise sogar einen zweiten Gipfeltag.

Die Personalentscheidung wird wegen der Ratifizierung des „Lissabon-Vertrags“ nötig. Der Ratspräsident soll zweieinhalb Jahre lang die Gipfeltreffen leiten und die EU international vertreten. Der „Außenminister“ – offiziell Hoher Vertreter genannt – wird künftig einen diplomatischen Dienst der EU und den Außenministerrat leiten sowie zugleich Vizepräsident der EU-Kommission sein.

Der belgische Ministerpräsident Herman Van Rompuy ist nach Worten des deutschen Botschafters in Belgien Wunschkandidat der Bundesregierung für das Amt des EU-Ratspräsidenten. „Die deutsche Regierung befürwortet Ministerpräsident Van Rompuy, und an Berlin soll es nicht liegen, wenn es doch noch missglückt“, sagte Reinhard Bettzwege der belgischen Zeitung „De Morgen“. Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte gestern bei der Kabinettsklausur in Meseberg: „Ich sage mal voraus, dass Frankreich und Deutschland gemeinsam abstimmen werden und nicht gegeneinander in dieser Frage. Ich bin optimistisch, dass wir morgen Abend zu einem Ergebnis kommen werden.“

„Es gibt viele Aspekte des Gleichgewichts, die beachtet werden müssen“, sagte Schwedens Premier Reinfeldt. Die Sozialdemokraten wollen den „Außenminister“ stellen, die Christdemokraten den Ratspräsidenten. Kurz vor dem Gipfel sind Forderungen lauter geworden, einer der Topposten müsse mit einer Frau besetzt werden. Die frühere lettische Präsidentin Vaira Vike-Freiberga, selbst eine Kandidatin für den Posten der Ratsvorsitzenden, sagte, die EU dürfe nicht so tun, „als ob Talent nur mit einer bestimmten Art von Chromosomen verbunden ist“. Zu den Kandidaten für den Ratspräsidenten gehören auch die Regierungschefs Jean-Claude Juncker (Luxemburg) und Jan Peter Balkenende (Niederlande). Die Sozialdemokraten wollen den Italiener Massimo D'Alema als EU-„Außenminister“. (mit: dpa/trt)



Lange Nacht für die Regierungschefs? EU-Ratsgebäude in Brüssel.

dpa

**NACHGEFRAGT**

**„Brauchen kein Hickhack mehr“**

Herr Minister Asselborn, haben Sie den Eindruck, dass die Kandidatensuche in der EU in geordneten Bahnen verläuft? Um ehrlich zu sein: Nein. Es ist ziemlich verzwickelt. Ich sehe nicht, dass der Nebel schon abgezogen ist und einen klaren Blick erlaubt. Ich hätte mir gewünscht, auch die europäischen Sozialdemokraten hätten sich früh auf einen Kandidaten für das Amt des EU-Außenministers verständigt. Ich drücke der schwedischen Ratspräsidentschaft die Daumen, dass sie zum Gipfel zwei Namen nennen kann. Im Moment bin ich überzeugt: Kein Mensch in der EU weiß wirklich, was das Resultat beim Gipfel sein wird.

Haben die Schweden den Gipfel schlecht vorbereitet?

Nein, sie haben keinen Fehler gemacht. Aber die Telefondiplomatie in Europa hat nicht geklappt, weil viele nicht offen gesagt haben, wen sie favorisieren – oder weil sie es nicht wussten.

Die Lage ist also unübersichtlich... Ja, und mit jedem Namen, der genannt wird, wird es schwieriger. Dabei stellt sich doch die Frage nicht nur nach den Namen, sondern nach den Kompetenzen, die ein EU-Ratspräsident haben sollte. Wollen wir ein Europa, das ein Staatenbund bleibt? Oder wollen wir ein Europa, das auf der gemeinschaftlichen Methode basiert, damit wir die globalen Probleme lösen können? Wir brauchen keinen weiteren Leuchtturm am Meer, davon haben wir genug, die alle hell blinken. Wir brauchen jemanden, der wie ein Schmied an Europa arbeitet, es formt, um Lösungen in der Wirtschaftskrise und in der Sozialpolitik zu finden.

Ist da als EU-Ratspräsident nicht ihr Premier Jean-Claude Juncker der richtige Mann?

Ja, Juncker ist jemand, der zu einem integrierten Europa passt. Er denkt euro-

päisch, er handelt europäisch. Er könnte zusammenführen. Wie seine Chancen beim Gipfel stehen, hängt sehr davon ab, welches Europa wir wollen.

Nun hat der Lissabonner Vertrag den europäischen Politikern mehr aufgegeben, als nur über Personalien zu reden... Richtig. Lissabon hat der Politik nach zehn Jahren Arbeit aufgegeben, besser zu funktionieren, in der Innen- und Rechtspolitik, in der Migrations- und Außenpolitik enger zusammenzuarbeiten. Wir dürfen das nicht kaputtmachen, durch dieses Hickhack bei den Personalfragen.



Jean Asselborn, Außenminister von Luxemburg

Interview: Christian Holzgreve

**AUSLAND**

**„Hungergipfel“ in der Kritik**

Hilfsorganisationen haben eine negative Bilanz des „UN-Hungergipfels“ in Rom gezogen und die Ergebnisse als „Flop“ kritisiert. Den Hungernden seien lediglich „Brotkrümel“ angeboten worden, beklagte die internationale Hilfsorganisation Oxfam am Mittwoch. Bereits zu Beginn des dreitägigen Gipfels hatten sich die Delegierten aus fast 200 Ländern auf eine Abschlusserklärung geeinigt, die allerdings keine verbindliche Investitionssumme nennt. Nach UN-Rechnung wären in den nächsten Jahrzehnten jährlich 44 Milliarden Dollar (30 Milliarden Euro) erforderlich. **ap/dpa**

**Russland auf EU-Klimalinie**

Moskau und Brüssel signalisieren einen neuen Paarlauf: Russland hat kurz vor dem Klimagipfel in Kopenhagen die EU-Linie übernommen und will seine CO<sub>2</sub>-Emissionen um bis zu 25 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 vermindern. Das kündigte Russlands Präsident Dmitri Medwedew bei einem Treffen mit den EU-Spitzen in Stockholm an. Unterdessen bezeichnete die EU die Menschenrechtslage in Russland als besorgniserregend. Der EU-Ratsvorsitzende Fredrik Reinfeldt sprach Medwedew auch auf Defizite bei der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie in Russland an. **dpa/afp**

**Guantanamo-Ende vertagt**

Das Gefangenenlager Guantanamo auf Kuba kann nach Angaben von US-Präsident Barack Obama erst später als geplant geschlossen werden. In einem Interview mit dem US-Fernseher NBC räumte Obama ein, dass die Schließung nicht wie beabsichtigt zum Januar 2010 erreicht werden kann. Obama hatte zu Beginn seiner Amtszeit im Januar gesagt, das Lager werde binnen eines Jahres geschlossen. Es gibt jedoch Schwierigkeiten bei der Umsetzung. Ungeklärt ist etwa die Frage nach dem Verbleib einiger Häftlinge. **afp**

**Fremdenhass in Südafrika**

Aus Angst vor fremdenfeindlichen Übergriffen sind in Südafrika rund 1500 Einwanderer aus Simbabwe aus ihren Häusern geflohen. Nach Polizeiangaben vom Mittwoch waren sie bei De Doorns, rund 140 Kilometer nordöstlich von Kapstadt, auf dem Weg zur Arbeit in den umliegenden Weinbergen angegriffen worden. Wütende südafrikanische Nachbarn zerstörten zudem ihre Unterkünfte. Bei den fremdenfeindlichen Angriffen ging es laut Polizeisprecher Hendrick Olivier vor allem um die knappen Arbeitsplätze in ländlichen Gebieten. **afp**

**Parlament in Honduras hält Zelaya hin**

Tegucigalpa (epd). Das Parlament in Honduras wird erst nach den Wahlen Ende November über eine Wiedereinsetzung des gestürzten Präsidenten Manuel Zelaya entscheiden. Nach Aussagen von Parlamentspräsident Alfredo Saavedra soll die Debatte am 2. Dezember stattfinden. Zelaya bezeichnete das Vorhaben als Unfug und sprach von einem schmutzigen Spiel des Übergangspräsidenten Roberto Micheletti. Bereits am vergangenen Wochenende hatte Zelaya angekündigt, keine Wiedereinsetzung mehr zu akzeptieren. Dies würde lediglich den Staatsstreich Michelettis legitimieren. Zur Begründung verwies Zelaya auf die nahe Präsidentenwahl am 29. November. Da sie unter Michelettis Regierung stattfinden werde, sei sie „illegitim“. Er erklärte, er wolle die Wahl unter diesen Umständen nicht anerkennen und sie anfechten. Der Wahlsieger soll das Amt Ende Januar übernehmen.

Zelaya war Ende Juni von der Armee gestürzt und außer Landes gebracht worden. Im September kehrte er heimlich nach Honduras zurück und hält sich seither in der brasilianischen Botschaft in der Hauptstadt Tegucigalpa auf. Ein Ende Oktober unter US-Vermittlung erzielter Kompromiss übertrag dem Kongress die Entscheidung über Zelayas Wiedereinsetzung, nannte aber keinen Termin dafür.

**Obama empört über Israel**

Wohnungsbau bei Jerusalem stößt weltweit auf Protest

VON JEFF MASON  
UND ALLYN FISHER-ILAN

Washington/Jerusalem. US-Präsident Barack Obama hat die Entscheidung der israelischen Regierung verurteilt, in der Siedlung Gilo im Westjordanland den Bau von 900 neuen Wohnungen zu genehmigen. Das habe die Palästinenser „in einer Weise verärgert, die sehr gefährlich werden könnte“, sagte Obama am Mittwoch dem Fernsehsender Fox News. Er glaube nicht, dass die zusätzlichen Wohnungen zur Sicherheit des jüdischen Staates beitragen. „Ich denke, das erschwert die Bemühungen um Frieden mit ihren Nachbarn“, sagte der US-Präsident.

UN-Generalsekretär Ban Ki-moon erklärte, Siedlungen wie der geplante Neubau „auf palästinensischem Gebiet“ seien „illegal“. Auch die britische Regierung bekundete ihren Widerstand gegen den Siedlungsausbau.

Israel wies die Kritik zurück. Ein Mitarbeiter von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu nannte das Projekt einen

normalen Vorgang, um den sich der Regierungschef gewöhnlich nicht kümmere. Zudem sei die betreffende Siedlung Gilo integraler Bestandteil Jerusalems. „In Gilo wird seit Dutzenden Jahren gebaut, und an den derzeitigen Planungen und Bauarbeiten ist nichts neu“, sagte Netanjahus Mitarbeiter.

Netanjahu zeigte sich gleichwohl bemüht, den neuen Streit mit den USA nicht eskalieren zu lassen und ermahnte seine Minister zur Zurückhaltung.

Die Palästinenser werfen der israelischen Regierung vor, mit der Baugenehmigung für 900 neue Wohnungen in Gilo die letzten Friedenschancen zu zerstören. Netanjahu habe „die Wahl – Siedlungen oder Frieden“, sagte der palästinensische Berater Saeb Erekat einem israelischen Rundfunksender. Der französische Außenminister Bernard Kouchner bedauerte die Entscheidung Israels. Gleichwohl gebe es zu direkten Gesprächen zwischen beiden Konfliktparteien keine Alternative, sagte der Minister bei einem Besuch in Jerusalem. **rtt**

**BLICKPUNKT AFGHANISTAN**

**Karsai erhält zweite Chance**

Internationale Gemeinschaft erwartet Reformen / Heute Vereidigungsfeier in Kabul

VON HEIDI VOGT

Kabul. An der Vereidigung des afghanischen Präsidenten Hamid Karsai zu einer zweiten Amtszeit nehmen heute mehr als 40 Staatsgäste aus dem Ausland teil. US-Außenministerin Hillary Clinton traf bereits gestern in Kabul ein und führte zuerst ein Gespräch mit Nato-Kommandeur Stanley McChrystal.

US-Präsident Barack Obama sagte in Peking, seine geplante neue Afghanistan-Strategie werde „uns auf einen Weg zur Beendigung des Krieges führen“. Er sicherte zu, den Konflikt bis zum Ende seiner Amtszeit im Januar 2013 zu lösen. Über Karsai sagte er: „Er hat einige Stärken, aber er hat auch einige Schwächen.“ Allerdings mache er sich weniger Gedanken über eine einzelne Person als über die Regierung insgesamt. „Die Schwierigkeiten hat, die eigene Bevölkerung mit grundlegenden Diensten zu versorgen.“

Auch in der EU sind die Erwartungen hoch, dass Karsai nach seiner von Wahlbetrug überschatteten Wiederwahl nun ein Kabinett benennt, das klare Reformen umsetzt. Im Mittelpunkt steht dabei der Kampf gegen die Korruption. Die Regie-

rung hat eine spezielle Einheit angekündigt, die gegen Bestechung, Güntlingswirtschaft und Korruption vorgehen soll.

Die USA haben gedroht, die zivile Hilfe einzustellen, wenn die Regierung nicht Rechenschaft über die Verwendung der Mittel ablegen kann. Sowohl die USA als auch die Nato haben zudem erklärt, sie würden die grassierende Korruption in ihre Entscheidung miteinbeziehen, ob sie mehr Truppen nach Afghanistan schicken.



Nach Kabul gereist: US-Außenministerin Hillary Clinton.

In Kabul wurden unterdessen die Patrouillen der Sicherheitskräfte verstärkt. Hubschrauber kreisten über der Stadt. Die zu ausländischen Botschaften führenden Straßen wurden gesperrt. Eine öffentliche Zeremonie zur Vereidigung wird es aus Sicherheitsbedenken nicht geben. Die Feier findet vor ausgewähltem Publikum im Präsidentenpalast statt.

Karsais Antrittsrede wird im Westen mit großer Aufmerksamkeit verfolgt werden. Noch stärker wird darauf geachtet werden, ob Worten Taten folgen. Karsai selber nahm die internationale Kritik der vergangenen Tage nicht schweigend hin – er reagierte verbittert. Der Westen engagiere sich nicht vorrangig in Afghanistan, um dem Land zu helfen, sondern um den Terrorismus zu bekämpfen, sagte er dem US-Sender PBS. Auch vor dem 11. September 2001 sei Afghanistan „höllisch in Schwierigkeiten gewesen. Niemand hat sich um uns gekümmert.“

Nach Angaben des Internetdienstes icasualties.org kamen in diesem Jahr in Afghanistan bereits mehr als 400 ausländische Soldaten gewaltsam ums Leben, weit mehr als in jedem anderen Jahr seit Beginn des Einsatzes. (mit: dpa)

**Günstig durch Deutschland: Hannover-Berlin ab 29 Euro.**  
**Günstig durch Europa: Hannover-Kopenhagen ab 39 Euro.**

**Günstig unterwegs mit den Spezialpreisen der Bahn.**

Mit dem Dauer-Spezial ab 29 Euro durch ganz Deutschland. Und mit dem Europa-Spezial ab 39 Euro in viele europäische Nachbarländer. Erhältlich überall, wo es Fahrkarten gibt. Nur solange der Vorrat reicht. Dauer-Spezial: 5 Euro Aufpreis bei persönlicher Beratung.

**Die Bahn macht mobil.**